

Fluglärmsstreit: Abgeordnete stehen hinter Mediations-Idee der Landräte

Luftverkehr Im Konflikt um die Fluglärmbelastung durch den zukünftig größeren Flughafen Zürich schlugen die Landräte Kistler, Hinterseh und Hämmerle ein Mediationsverfahren für eine einvernehmliche Lösung vor.

Der Konflikt um den Ausbau des Flughafens Zürich und die Belastung der deutschen Grenzgebiete durch Fluglärm geht weiter. Der südbadische Bundestagsabgeordnete Thorsten Frei – auch Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag Schwarzwald-Baar – unterstützt gemeinsam mit den Abgeordneten Andreas Jung (Freiburg), und Felix Schreiner (Waldshut) den neuerlichen Vorschlag der Landräte aus den Kreisen Schwarzwald-Baar, Waldshut und Konstanz, einen neuen Anlauf für eine dauerhafte Beteiligung der deutschen Seite am Diskurs um den Fluglärm zu initiieren.

Das Schweizer Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) hatte kürzlich Teile des neuen Anflugkonzepts der Flughafen Zürich AG genehmigt. Dabei geht es um Maßnahmen, die sich dem Konzept zufolge über Schweizer Staatsgebiet umsetzen lassen. Dabei geht es im Wesentlichen um die Absenkung der Minimumhöhe bei Starts von vierstrahligen Flugzeugen von Piste 32. Zudem soll in der Nacht weniger dicht besiedeltes Gebiet überfliegen werden können.

Die Genehmigung des Teilrechts wird insbesondere im Bereich der Gemeinde Hohentengen am Hochrhein nach den Lärmberechnungen der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA) im Vergleich zu heute aber zu höheren Belastungen gerade in den Nachtstunden führen. Die Mehrbelastung durch die Flugzeuge werde deutlich wahrnehmbar sein, heißt es.

„Klar ist: Alles muss auf den Tisch!“

Die Landräte Dr. Martin Kistler (Waldshut), Sven Hinterseh (Schwarzwald-Baar) und Frank Hämmerle (Konstanz) schlugen nun vor, ein Mediationsverfahren aufzunehmen. Das Ziel ist eine einvernehmliche Regelung und damit ein neuer Staatsvertrag.

„Die südbadischen Bundestagsabgeordneten Andreas Jung, Thorsten Frei und Felix Schreiner unterstützen die Initiative der Landräte für eine Mediation zur Beilegung des Fluglärmsstreits mit der Schweiz“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Abgeordneten.

Dem Vorschlag der Landräte zufolge solle das Mediationsverfahren von zwei unabhängigen Persönlichkeiten aus der



Flugzeuge verbinden Kontinente, Länder und Menschen miteinander. Die Bewohner der Anflugregionen von Flughäfen leiden aber unter dem Lärm. Foto: bluedesign - Fotolia/Oliver Boehmer

Schweiz und Deutschland modernisiert werden. Auch diesen Vorschlag unterstützen die Abgeordneten. „Das könnte ein Weg sein, um über vollständige Transparenz das für eine Lösung notwendige Vertrauen zu schaffen“, erklären sie in ihrer gemeinsamen Mitteilung.

Die Abgeordneten formulieren dabei auch ihre Erwartungen an ein mögliches Mediationsverfahren. „Klar ist: Alles muss auf den Tisch, und es darf weder Vorbedingungen geben, noch einen Automatismus.“ Damit erteilen sie Forderungen aus der Schweiz eine Absage, zunächst müsse Deutschland dem von der Schweiz beantragten Betriebsreglement 2014 zustimmen; erst dann könne geredet werden.

„Wir bleiben bei unserem Nein zum Betriebsreglement 2014, da es mehr Flugverkehr über Südbaden bringen würde“, so die Abgeordneten. Die von den Landkreisen dazu eingebrachten konkreten Alternativen ohne Mehrbelastung der deutschen Seite seien von den Schweizer Behörden ohne vertiefte Prüfung verworfen worden. Mit dem Ausschluss eines „Automatismus“ verweisen sie gleichzeitig darauf, dass ein mögliches Mediationsergebnis „selbstverständlich der Zustimmung der demo-

kratisch dazu legitimierten Organe“ bedürfe.

Zudem könne Ausgangspunkt der Mediation keinesfalls der gescheiterte Fluglärm-Staatsvertrag sein, es müsse ein neuer Prozess begonnen werden. „Der Staatsvertrag hätte mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet und einseitige Belastungen für Südbaden gebracht“, erklären die Abgeordneten. „Wenn ein neuer Vertrag den alten Streit beenden soll, dann braucht es einen neuen Anlauf und nicht alte Hüte.“

Deshalb müsse von Grund auf neu begonnen werden. Ziel müsse eine einvernehmliche Lösung sein, die dann in Form eines Staatsvertrags umgesetzt werden könne. „Nur so schaffen wir Klarheit und Rechtssicherheit.“ Akzeptanz könne dabei nur erreicht werden, wenn von vornherein die Vertreter der Region einbezogen seien.

„Eine staatsvertragliche Lösung hätte auch zur Folge, dass die guten und engen deutsch-schweizerischen Beziehungen nicht weiterhin auf Jahre durch die Fluglärmfrage belastet bleiben“, so die Abgeordneten.

Thorsten Frei, der in der laufenden Legislaturperiode die Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe des Bundestages führt, kündigte in diesem Zu-

sammenhang an, sich auch bei den Schweizer Parlamentskollegen in Bern für ein Mediationsverfahren einzusetzen.

In Berlin haben die CDU-Abgeordneten den Vorschlag derweil bereits in ihre Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium aufgenommen. „Im Gespräch mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer haben wir unsere Unterstützung für diese Vorgehensweise signalisiert“, so die Abgeordneten.

Unterstützung von Klinge

Auch der in Villingen-Schwenningen aufgewachsene FDP-Bundestagsabgeordnete Marcel Klinge meldet sich in diesen Tagen zum Fluglärmskonflikt zu Wort. Er werde zu diesem Thema eine Anfrage an die Bundesregierung stellen „und unsere Fachpolitiker einschalten“, kündigt der 37-Jährige an. „So einfach werde auch ich das nicht auf sich beruhen lassen.“

Der FDP-Politiker betont, dass für den Schwarzwald-Baar-Kreis die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zur Schweiz natürlich sehr wichtig bleiben. „Aber gerade unter guten Nachbarn ist es doch auch völlig normal, darüber zu sprechen, wer wie über die Grundstücksgrenze darf. Genau deshalb unterstütze ich gerne die

Ankündigung der drei Landräte, aktiv zu werden.“

Unverständnis äußert der Liberale hingegen darüber, dass die Schweiz bei der Genehmigung weiterer Flüge die betroffenen Gemeinden außen vor lässt. Klinge: „Alle sollten mit einbezogen werden, das ist allein schon umweltvölkerrechtlich geboten. Nach Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs müssen alle gleich am Verfahren beteiligt sein.“

Und an die Regierung in Berlin appelliert Klinge: „Ich wünsche mir, dass Außenministerium und Verkehrsministeriums die Stuttgarter Erklärung jetzt auch tatsächlich umsetzen. Die GroKo sollte hier endlich anpacken, statt weiter abzuwarten.“

Beim Flughafen Zürich gibt es große Ausbaupläne. Zum Beispiel berichtete die Internetseite www.aerotelegraph.com, dass bis zum Jahr 2030 die Zahl der Passagiere, die jährlich am Flughafen Zürich ankommen, abfliegen und umsteigen, auf 50 Millionen anwachsen soll. Aktuell sind es etwa 29 Millionen Passagiere pro Jahr. Möglich wird das durch den Bau eines größeren Terminals 1. Der Baubeginn ist laut www.aerotelegraph.com 2021 geplant. Mit der Fertigstellung wird 2030 gerechnet. ez/nb